

Es gilt das gesprochene Wort!

Brauchen wir Zuwanderung?

Die Asyldebatte ist beendet - wenigstens fürs erste. Über ihr Ergebnis mag man streiten. Unbestreitbar ist, daß die Bundesrepublik in dieser Debatte Schaden genommen hat.

Hier soll nicht die Rede sein von Terror und Rassismus, von Brandstiftungen und Mordanschlägen, die tiefe Narben im Antlitz der Bundesrepublik hinterlassen. Schaden hat in dieser Debatte auch die Zukunftsfähigkeit der deutschen Politik genommen.

Wer die Stimmungen genauer untersucht, die sich in den Debatten um das Asylrecht breitgemacht haben, wird feststellen, daß sie sich von ihrem ursprünglichen Anlaß weit entfernt haben. Das einzige rational greifbare Problem - die Überlastung vieler Kommunen bei der Unterbringung von

Asylbewerbern - spielte in der Debatte längst keine Rolle mehr. Um Einschränkungen des Asylrechts zu begründen, genügte der Hinweis, daß es "zu viele" Asylbewerber gibt, und daß die meisten das Asylrecht "mißbrauchen".

"Zu viele" hieß der Konsens, der nicht mehr hinterfragt wurde. "Zu viele" wovon eigentlich? Zu viele Asylbewerber? Zu viele Asylberechtigte? Zu viele Illegale? Oder einfach: Zu viele Nicht-Deutsche?

An den Stammtischen machte man sich mit dieser Unterscheidung keine Mühe: Einfach zu viele Fremde, die Aussiedler und Aussiedlerinnen und manchmal sogar die Menschen aus der ehemaligen DDR eingeschlossen. Und die Politik tat wenig, auf diesen Unterschieden zu bestehen; nicht wenige Politiker ließen sich anstecken von dieser Stimmung, und einige förderten sie aktiv. Parteipolitisch mag das sogar Sinn machen: Solange sich der Unmut über alle möglichen Mißstände gegen Fremde richtet, braucht man über die

katastrophalen eigenen Fehler in der Wirtschafts-, Sozial- und Wohnungsbau-politik nicht zu reden.

Das Boot ist voll, hieß schließlich der dumpfe Konsens, der seine Bestätigung tagtäglich in Medien fast aller Couleur fand. Das Boot ist voll, hörten wir aus dem Bonner Innenministerium und der baye-rischen Staatskanzlei. Nur für die Nach-fahren deutscher Familien in Polen und der ehemaligen Sowjetunion, da schien der Platz unbegrenzt.

Aber reden wir ruhig über das Boot, das angeblich voll ist. Reden wir von den Menschen, die sich in der Bundesrepublik ein besseres Leben erhoffen, von Flücht-lingen, von illegalen Arbeitskräften, aber auch von den Aussiedlern und Aussied-lerinnen: Ob eine rumänische Familie per Asylantrag in die Bundesrepublik kommt oder unter Berufung auf ihren deutschen Urgroßvater, das macht weder für die realen Integrationsprobleme einen Unter-schied noch für eingebildete

"Überfremdung". Reden wir also von Zuwanderung.

3,5 Millionen Menschen sind von 1988 bis 1991 in die Bundesrepublik gekommen - darunter weit mehr Aus- und Übersiedler als Asylbewerber. Zu viele? Halten wir zunächst dreierlei fest:

Erstens: Ohne diese Zuwanderung wäre die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nicht niedriger, sondern höher. Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) haben die 3,5 Millionen mehr Arbeitsplätze geschaffen als sie selbst besetzen. Und: Sie arbeiten an all den Stellen, wo kein Deutscher mehr arbeiten will. Ohne Aussiedler würden zahllose Betriebe, Krankenhäuser und Nahverkehrsunternehmen zusammenbrechen.

Zweitens: Auch ohne Zuwanderung gäbe es in der Bundesrepublik drastische Wohnungsnot, weil die deutsche Bevölkerung heute pro Kopf 50 Prozent mehr Wohn-

raum beansprucht als vor 20 Jahren. Zudem hat der Bund den sozialen Wohnungsbau in den achtziger Jahren faktisch eingestellt, statt die massenhafte Vernichtung preiswerten Wohnraums zu stoppen. Und: Ausländische Familien wohnen oft in Wohnungen, in die einzuziehende Deutsche sich schlicht weigern würden.

Drittens: Ohne Zuwanderung wären die Sozialversicherungsbeiträge höher und die Sozialleistungen niedriger. Nach der RWI-Berechnung haben die 3,5 Millionen Zuwanderer den staatlichen und Sozialkassen im Jahre 1991 direkt und indirekt einen Reingewinn von 41 Milliarden Mark gebracht - die Kosten für ihre Unterbringung, Eingliederung und Sozialhilfe bereits abgerechnet.

Diese Beiträge werden in den nächsten Jahren für uns noch wichtiger werden: Weil es unter der deutschen Bevölkerung immer mehr Alte und immer weniger Junge gibt, wird nach Prognosen des Verbandes Deutscher Rentenversicherer im

Jahre 2040 auf jeden deutschen Erwerbstätigen ein Rentner kommen. Das heißt: Wir brauchen Zuwanderung. Wir brauchen Menschen von außen. Oder wir können ausrechnen, wann mit dem Generationsvertrag die Grundlage unseres sozialen Systems zusammenbricht.

Das ist eine ganz nüchterne statistische Feststellung und hat mit multikultureller Schwärmerei nichts zu tun. Unsere Gesellschaft wird multikulturell sein, ob wir das wollen oder nicht. Und diese Gesellschaft wird kein harmonisches Volksfest mit Bauchtanz und Zaziki an jeder Straßenecke sein. Sie wird neue Probleme und Verteilungskämpfe bringen. Die Frage ist nur, ob wir an diesen Problemen arbeiten - oder sie einfach leugnen, wie Bonn es bis heute tut.

Rund eine Million Zuwanderer pro Jahr, das sind - auf die Bevölkerung umgerechnet - fünfmal soviel, wie das "klassische Einwanderungsland" USA in den nächsten Jahren aufnehmen will. Die Bonner Koali-

tion aber hält stur an dem Trugbild fest: "Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland". Und wie es mit allen Trugbildern ist: Sie machen das Leben nicht leichter, sondern schwerer. Denn sie verhindern, daß wir die Zuwanderung steuern, die wir *haben* und die wir *brauchen*.

Sie verhindern, daß wir endlich eine positiv definierte Ausländerpolitik entwickeln. Die Asyldebatte hat alle Ansätze hierzu erstickt. Daß wir in der Bundesrepublik einmal über ein kommunales Wahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen diskutiert haben, scheint vergessen.

Darin liegt der langfristige Schaden dieser Debatte. Denn die Gleichstellung von Ausländern und Deutschen ist angesichts des sich breit machenden Fremdenhas- ses noch dringlicher geworden: Das Klima für Ausländer in unserer Gesellschaft wird geprägt durch unsere Politik. Solange es in der Bundesrepublik Menschen minderen *Rechtes* gibt, wird es auch Leute ge-

ben, die sie für Menschen minderen Wertes halten.

Wir brauchen also ein Einbürgerungsrecht, das sich vom Mythos des deutschen Blutes löst und endlich nachvollzieht, was in fast allen europäischen Staaten längst Praxis ist: Hätte die Bundesrepublik ein Einbürgerungsrecht wie Frankreich oder Schweden, so würden zwei Drittel der hier lebenden Ausländer auf Anhieb einen deutschen Paß erhalten.

Wir brauchen die Gleichberechtigung von Ausländern und Ausländerinnen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Und wir sollten über ein Antidiskriminierungsgesetz reden, das die Diskriminierung von Ausländern - bzw. von Minderheiten überhaupt - unter Strafe stellt. In den Niederlanden hat sich ein solches Gesetz bereits bewährt.

Das "Ausländerproblem" werden wir erst wirklich gelöst haben, wenn wir Menschen fremder Herkunft nicht mehr als Fremde

behandeln, sondern als das, was sie sind: Als Bereicherung für unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben. Und wenn wir sie, wo es nötig ist, auch kritisieren können, ohne damit gleich rassistische Ressentiments zu bestärken.

Aber das ist nur die eine Seite. Auf der anderen stehen die erbärmlichen Lebensverhältnisse in vielen Regionen der Dritten Welt, stehen Diktaturen, die nicht selten von den Industrieländern gestützt werden, stehen Kriege, die die Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. Die Ursachen der Fluchtbewegung haben wir selbst mit erzeugt. Also brauchen wir endlich eine Entwicklungspolitik, die sich ehrlich müht, diese Ursachen in den Heimatländern der Flüchtlinge zu beseitigen.

Für heute aber müssen wir mit dem Zuwanderungsdruck leben. Auch der Asylkompromiß wird die Wanderungsbewegung nicht stoppen. Je mehr wir die Möglichkeiten einer legalen Zuwanderung ein-

schränken, umso mehr wird die illegale zunehmen.

Es geht heute vor allem um Zuwanderung aus dem Osten. Um die Folgen von offenen Grenzen und Reisefreiheit, deren Fehlen wir jahrzehntelang beklagt haben. Heute müssen wir erkennen: Der Eiserne Vorhang hat uns nicht nur getrennt. Er hat uns auch geschützt. Und wir müssen uns entscheiden, ob wir an der Vision eines offenen Europa vom Atlantik bis zum Ural festhalten oder ob wir uns von der restlichen Welt abschotten wollen auf unserer Wohlstandsinsel.

Selbst wenn wir letztes wollten: Es ginge nicht. Wir können unser soziales System nicht aufrechterhalten ohne Zuwanderung. Wir können die Exporterfolge unserer Wirtschaft nicht halten, wenn wir uns von ihren Handelspartnern abschotten. Wir können nicht von Europa reden und das "Deutschtum" wieder aus der Mottenkiste holen.

Man muß es so deutlich sagen: Niemand vor den Nationalsozialisten hat "Deutschstämmigkeit" zur bestimmenden Grundlage von Politik gemacht. Nirgends sonst finden wir eine aktive Politik zum Schutz des "Deutschtums" vor "Überfremdung". Preußen, der deutsche aller Staaten, hatte Ende des 18. Jahrhunderts mehr polnische als deutsche Einwohner. "Kein schöner Land in dieser Zeit", dieses urdeutsche Volkslied, schrieb der Italiener Anton Florentino von Zucalmaglio, der sich später Wilhelm von Waldbröl nannte. Berlin, die deutsche Metropole, stieg zum kulturellen und wirtschaftlichen Zentrum mit Hilfe der Hugenotten auf, politischen Flüchtlingen aus Frankreich, die heute Asylbewerber wären. Unsere niederdeutsche Stadt Buxtehude wurde von holländischen Religionsflüchtlingen gegründet. Und Tatort-Kommissar Schimanski - wo kommt der eigentlich her?

Wir brauchen keine neuen Mauern, wir brauchen eine neue Politik. Wir brauchen

einen legalen Weg für Ausländer, in die Bundesrepublik einwandern zu können - ohne die Krücke einer deutschen Abstammung oder eines Asylantrages. Und wir brauchen eine Kontrolle dieser Zuwanderung und eine Quotierung, die wir selbst sozialverträglich festlegen können.

Vor allem aber brauchen wir endliche eine politische Führung, die den Menschen in Deutschland die Notwendigkeit der Zuwanderung erklärt anstatt den Eindruck zu erwecken, man könne die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik dauerhaft senken. Da schließt sich der Kreis. Wer seine Politik ausdrücklich als "Zuwanderungsbegrenzungs politik" verkauft, der definiert Zuwanderung als etwas Negatives, Bedrohliches. Und der darf sich nicht wundern, wenn diese negative Haltung als Ausgrenzung von Zuwanderern ihr Echo in der Bevölkerung findet.

Aber dies ist eben nicht nur eine moralische Frage. An der Zuwanderungspolitik

entscheidet sich die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Bundesrepublik. Mit der Arbeit an diesem Konsens müssen wir nach der Asyldebatte wieder ganz von vorn anfangen.